Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 6

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften
Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frage wäre vermessen, doch versucht er, mit dem Begriff des «sozialen Humanismus» anzudeuten, in welcher Richtung nach dem richtigen Weg gesucht werden muß: «Es gibt nur eine, eine unteilbare Menschlichkeit.» Das Individuum mit seinen Grundrechten muß im Mittelpunkt stehen. Die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen, die Unantastbarkeit des Menschenlebens, das Anrecht auf persönliche Bewegungsfreiheit und persönliches Glück müssen als unverrückbare Merkmale der Menschlichkeit angesehen werden. Der Wert dieses Bekenntnisses liegt in der Abwendung von der Vorstellung, allein wirtschaftliche und politische Reformen führten gewissermaßen von selbst zu einem paradiesischen Zustand. Aber auf seine Frage, ob die Menschen im Jahre 1970 menschlicher sein werden als heute, gibt der Verfasser keine Antwort. Aber schon das aufrichtige Ringen mit den Problemen unserer Zeit ist vielleicht Teil dieser Vermenschlichung, die ja ohnehin wohl nie ein Zustand, sondern immer nur ein Prozeß sein wird. *B. K.*

Blick in die Zeitschriften

Von den zahllosen Kommentaren, die zum russischen Weltraumflug erschienen sind, erscheinen uns zwei Aufsätze von besonderem Interesse, die Dr. *Heinrich Faust* in der «*Basler Nationalzeitung*» veröffentlicht hat; in Nr. 172 würdigt er das Ereignis als «Großtat» unter anderem mit folgenden Worten: «Ging die erste Erdumkreisung eines Menschen wirklich so weit über die bisherigen Erfolge der Astronauten hinaus? Die Frage ist eindeutig mit Ja zu beantworten! Erstmals hat der Mensch die Folgen der Gewichtslosigkeit längere Zeit erlebt, und er konnte in Worten darüber berichten. Was bisher nur aus Versuchen mit Tieren, die nicht sprechen können, und aus Registrierungen physikalischer Geräte erschlossen werden konnte, wurde nunmehr durch das Erlebnis eines Menschen bestätigt. Nicht nur die Gewichtslosigkeit — das weiß man nunmehr eindeutig —, sondern auch die enormen Beschleunigungen und Verzögerungen, die bei einem solchen Unternehmen unvermeidlich sind, kann ein menschlicher Organismus ertragen. Daß der Kabineninsasse seinen klaren Verstand behalten konnte, ist wichtig zu wissen, abgesehen von der Bewältigung des so gefürchteten Wiedereintauchproblems. Den Fortschritt auf dem Gebiete des bemannten Weltraumfluges kann man nicht nach Kilometern bemessen.»

Auch in bezug auf die weltpolitische Wirkung des Ereignisses ist Dr. Faust im Gegensatz zu manchen andern Kommentatoren optimistisch: «Rußland und die USA sind die Nationen, die im Wettbewerb um den astronau-

tischen Fortschritt stehen. Vielleicht mögen die verantwortlichen Staatslenker in erster Linie nicht so sehr an den wissenschaftlichen, ideellen Wert der Astronautik denken, als vielmehr an allzu verständliches nationales Prestige: aus diesem Wettbewerb zieht aber den Nutzen — die Wissenschaft. Und weil es über die finanzielle Kraft einer einzelnen Nation weit hinausgeht, allein eine Weltraumexpedition auszurüsten, müßte es eigentlich nichts Völkerverbindenderes geben als die Astronautik. Angesichts der unfaßbaren Weite des zu erforschenden Weltenraums wird es in Zukunft keine Russen, Amerikaner oder sonstige Nationalitätsangehörige mehr geben, sondern nur noch den Menschen auf dem Planeten Erde.»

*

In den ersten Monaten dieses Jahres sah es so aus, als ob die Bundesrepublik sich um bessere Beziehungen zwischen Bonn und Warschau bemühen werde. Aber die daran geknüpften Hoffnungen haben sich rasch zerschlagen. Am 12. März erklärte der polnische Außenminister *Rapacki* in Wien abschließend: «Man muß feststellen, daß niemand Polen einen konkreten Vorschlag für die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik unterbreitet hat.» In den «*Schweizer Monatsheften*» (April) äußert sich *Marion Gräfin Dönhoff*, die politische Redakteurin der großen westdeutschen Wochenzeitung «Die Zeit», sehr deutlich zu diesem neuen Fehlschlag der Adenauerschen Außenpolitik:

«Es ist schwer zu sagen, ob diese 14 Tage emsiger Geschäftigkeit ein besonders unglückliches Beispiel für Geheimdiplomatie darstellen oder ein Musterbeispiel für Dilettantismus. Wenn man weiß, wie außerordentlich kompliziert das deutsch-polnische Verhältnis ist und wie schwer behangen mit historischen Erinnerungen, dann muß diese Art der Verhandlungsweise sich besonders verheerend auswirken . . .

Wahrscheinlich hat die Bundesregierung viel versäumt. 1957, als die neue Regierung in Warschau und das ganze Volk von einem großen Elan erfüllt waren, da wäre eine Chance gewesen. Damals brauchte die polnische Wirtschaft, die in der Stalin-Periode schwer gelitten hatte, Unterstützung, und damals war im Zeichen des nationalen Neubeginns die Bereitschaft, mit der Bundesrepublik in ein neues Verhältnis zu kommen, sehr groß.

Aber damals wie heute gab es zwei Bedenken in Bonn, die diplomatische Beziehungen ausschließen: die Hallstein-Doktrin und die Sorge vor einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze . . . Dem Beobachter, der den politischen Ereignissen der letzten Jahre gefolgt ist, scheint es sehr deutlich, daß der rechte Zeitpunkt für eine deutsch-polnische Annäherung verpaßt worden ist: Man weiß, daß die Polen 1957 bereit waren, bei der Eröffnung diplomatischer Beziehungen die Grenzfrage auszuklammern, daß sie noch 1960

bereit waren, einen einseitigen Vorbehalt der Bundesrepublik zu akzeptieren. Aber man muß befürchten, daß sie 1961 auch dazu nicht mehr bereit sind.»

Auch mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik steht es nicht gut. Darauf weist «*Der Volkswirt*» (Nr. 9) in einem Aufsatz «Schrumpfender Polen-Handel» aus der Feder von *Sigmund Chabrowski* nachdrücklich hin. Sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite waren 1960 beträchtliche Rückgänge zu verzeichnen. Ein längerfristiges deutsch-polnisches Handelsabkommen — sagt der Verfasser — könnte hier Abhilfe schaffen und die deutsch-polnischen Beziehungen erheblich verbessern. Aber: «Wird der Bundeskanzler für eine grundlegende Neuordnung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen grünes Licht geben? Er würde sich damit gewiß den Unwillen der ‚Grünen Front' zuziehen, da eine solche langfristige Handelsvereinbarung vor allem deutsche Abnahmekontingente für Landwirtschaftsprodukte enthalten müßte.» Der Verfasser meint aber, daß dieses Problem zu lösen wäre, denn es würde genügen, Mindestkontingente zu fixieren: «Den Polen wäre auch damit schon geholfen: Sie könnten — auch bei den Importen aus der Bundesrepublik — längerfristig disponieren und würden nicht länger das Gefühl haben, im Handel mit der Bundesrepublik sozusagen in der Luft zu hängen. Ein besserer und durchaus realistischer Beitrag zur Besserung des Verhältnisses zu Polen als der, zu einem dreijährigen deutsch-polnischen Handelsabkommen ja zu sagen, ist zurzeit kaum denkbar.»

Bisher ist allerdings das Gegenteil geschehen: einschränkende Maßnahmen der Bundesregierung haben die Importe landwirtschaftlicher Produkte aus Polen gedrosselt. Darüber orientiert ein zweiter Aufsatz in der gleichen Nummer des «Volkswirts», der mit folgendem Satz schließt: «Diese Beschränkungen haben Zahlungsschwierigkeiten zur Folge, die wiederum die polnische Einfuhr einer ganzen Reihe von traditionellen deutschen Waren, wie Maschinen und Industrieausrüstungen sowie anderer Industrieerzeugnisse, nicht zulassen und Polen dazu zwingen, sie auf anderen Märkten zu beschaffen.»

*

Unter dem Stichwort «Vergangenheiten» äußert sich *Walter Dirks* in den «*Frankfurter Heften*» (April) erneut zu den Diskussionen um *Globke* und *Oberländer* einerseits, *Brandt* und *Wehner* anderseits: «Gelegentlich ist versucht worden, Brandt gegen Globke aufzurechnen oder Oberländer gegen Wehner. Nichts ist ungerechter und schamloser als solcher Vergleich unvergleichbarer Größen. Es ist eine Schande, den Nazi geholfen zu haben; es ist keine Schande, sondern ein Verdienst, gegen Hitler gekämpft zu haben. Es ist nicht nur nicht vergleichbar, sondern ein fundamentaler Gegensatz, ‚ob jemand in den Verdacht der Beteiligung an Verbrechen geraten ist oder ob

einer wegen Bekämpfung von Verbrechen in Mißkredit gebracht werden soll' — wie ein Leser der ‚Welt' schrieb, die in einem Artikel Brandt zwar gerechtfertigt, aber mit Globke auf eine Stufe gestellt hatte. — Zum Fall Wehner: Es ist zumindest blamabel, Nazi gewesen zu sein, es ist aber nicht blamabel, Kommunist gewesen zu sein. Die Rechtsdiktatur war ein provinzielles, verbrecherisches Abenteuer, der Kommunismus ist eine — mit Verbrechen befleckte und sehr gefährliche — Weltbewegung und ein Stück Geschichte des 20. Jahrhunderts. Diesen Rangunterschied nicht zu erkennen und zu würdigen, ist entweder ein intellektueller oder ein moralischer Skandal.»

Zum Fall Globke äußert sich auch «*Der Monat*» (März) erneut in einer redaktionellen Stellungnahme, die mit folgenden Sätzen schließt: «Man komme uns nicht mit dem Argument, es sei gefährlich, eine Stütze der Regierung nach der anderen von den Kommunisten durch gezielte Kampagnen ‚abschießen' zu lassen. Man sorge lieber von sich aus dafür, daß an den Spitzen von Regierung und Verwaltung, von Ministerien und Ämtern nur Leute stehen, die keine Angriffsflächen bieten und keine bequeme Zielscheibe abgeben. Auch das würde die SED gewiß nicht daran hindern, selbst die Untadeligsten und Integersten mit Dreck zu bewerfen. Aber zum mindesten würden dann die Demokraten ohne Beschämung und ohne heimliche oder offene Zweifel solchen Attacken entgegentreten können. Herr Globke mag sein Verhalten während der Nazizeit als Taktik rechtfertigen; streiten wir nicht darüber. Aber außer der Taktik gibt es auch den Takt. Und einen Mann dieser Vergangenheit an die Stelle zu setzen, an der er sitzt, ist allermindestens eine grobe Taktlosigkeit.» *Walter Fabian*